

Steffen Kröhnert
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Tel. 030 22324844
steffen.kroehnert@berlin-institut.org

Reiner Klingholz
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Tel. 030 22324845
reiner.klingholz@berlin-institut.org

Steffen Kröhnert, Reiner Klingholz

Emanzipation oder Kindergeld?

Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann

Dieser Aufsatz wurde im Dezember 2005 in der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“ publiziert. Nachdruck oder Online-Publikation durch Dritte ist nicht gestattet.

Bitte zitieren Sie wie folgt:

Kröhnert, Steffen/ Klingholz, Reiner (2005): Emanzipation oder Kindergeld? Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann. In: Sozialer Fortschritt (54), 12: 280-290.

Abstract

This analysis compares the social conditions for different fertility rates in the nations of western Europe based upon a range of socio-economic indicators. It clearly shows that the traditionally negative correlation between wealth and social development on the one hand and fertility on the other no longer exists when a society has reached a certain level of development. Today, more children are born in the countries with the most advanced social systems in regard to gender equality. Based upon this result, we propose to discuss the problem of low-fertility countries from a different point of view. Neither child benefits nor other sources of financial aid seem to motivate people to have more children in modern industrial societies. Far more crucial is the equality of men and women within the society.

Diese Untersuchung vergleicht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die unterschiedlichen Kinderzahlen in westeuropäischen Nationen¹ anhand einer Reihe sozioökonomischer Indikatoren². Es wird deutlich, dass ab einem bestimmten Niveau gesellschaftlicher Entwicklung der historisch zu beobachtende negative Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fortschritt einerseits und Geburtenraten andererseits nicht mehr gilt. Heute werden in jenen Ländern mehr Kinder geboren, die in Bezug auf die Gleichbehandlung der Geschlechter die modernsten Gesellschaftssysteme aufweisen. Auf Basis dieser Ergebnisse schlagen wir vor, das Problem nachwuchsarmer Länder aus einem neuen Blickwinkel zu diskutieren. Um Menschen in modernen Industriegesellschaften zu höheren Kinderzahlen zu motivieren, ist weniger die Höhe von Kindergeld und sonstigen Transferleistungen entscheidend. Ausschlaggebend scheint vielmehr die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft.

1. Geburtenrückgang und Bevölkerungspolitik in Europa

Schon vor einem Jahrhundert waren Bevölkerungspolitiker und -wissenschaftler in europäischen Ländern besorgt über zu geringe Geburtenraten. Besonders in undemokratischen Gesellschaften, deren Wirtschaft durch Personalverschleiß und deren Politik durch Kriege gleichermaßen Menschen „verbrauchten“, waren hohe Kinderzahlen gleichbedeutend mit ökonomischer und militärischer Macht. Im 20. Jahrhundert waren es vor allem europäische Diktaturen, die Versuche unternahmen, die Gebärfreudigkeit der weiblichen Einwohnerschaft zu erhöhen. Das faschistische Deutschland führte 1938 nicht nur das Mutterkreuz als Auszeichnung für kinderreiche Frauen ein. Es benutzte gleichzeitig bevölkerungspolitische Argumente um Menschen ethnisch zu stigmatisieren, sowie mit der These vom „Volk ohne Raum“ einen Angriffskrieg zu rechtfertigen.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges saß in der alten Bundesrepublik der Schock über die nationalsozialistische Diktatur – und den Missbrauch der Bevölkerungswissenschaft – so tief, dass eine bevölkerungspolitische Diskussion für Jahrzehnte nicht stattfinden konnte. Die pronatalistische Politik staatssozialistischer Regime sorgte auch in den folgenden Jahrzehnten dafür, dass der Begriff „Bevölkerungspolitik“ mit dem Makel des Totalitären behaftet blieb³.

¹ Mit dem Begriff „westeuropäische Staaten“ werden hier die Staaten Italien, Spanien, Deutschland, Griechenland, Österreich, Portugal, Schweden, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Finnland, Dänemark, Norwegen, Frankreich, Island, Irland bezeichnet. Osteuropa lässt sich aufgrund der historisch und wirtschaftlich abweichenden Entwicklung nicht in diesen Vergleich einbeziehen. „Westeuropa“ bezeichnet somit eine Gruppe von Ländern mit ähnlichem historischen und wirtschaftlichen Entwicklungshintergrund.

² Für ihre Hilfe beim Zusammentragen des Datenmaterials danken wir Nienke van Olst, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

³ So verbot der rumänische Diktator Ceausescu 1967 Verhütung und Abtreibung und erreichte damit – für ein einziges Jahr – die Verdopplung der Geburtenrate. Die DDR-Regierung führte 1976 ein „Babyjahr mit vollem Lohnausgleich“ ein, um die ständigen Abwanderungsverluste des Landes zu kompensieren.

Bis Ende der 1960er Jahre war eine bevölkerungspolitische Diskussion in Deutschland auch nicht nötig, war doch der „Babyboom“ noch in vollem Gange und es gab wenig Grund, daran zu zweifeln, dass „die Leute sowieso immer Kinder kriegen“ (Konrad Adenauer). In den 1970er Jahren fiel dann die Geburtenrate West-Deutschlands auf einen der niedrigsten Werte weltweit. Aber noch 1979, als die westdeutsche Geburtenrate bereits mehrere Jahre auf dem bis heute vorherrschenden, sehr niedrigen Niveau von 1,4 Kindern je Frau lag, erklärte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, es stehe dem Staat nicht zu, die Geburtenentwicklung beeinflussen zu wollen⁴. Die individuelle Entscheidung eines Paares für oder gegen ein Kind, sei nicht zu hinterfragen, so Schmidt. Dass sowohl staatliches Nicht-Handeln als auch eine gut gemeinte aber in ihren Wirkungen kaum evaluierte Familienpolitik diese individuelle Entscheidung in Deutschland massiv beeinflusst, trat gegenüber der Furcht vor einem vermeintlich autoritären Staat völlig in den Hintergrund.

Die Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen hat die Bevölkerungswissenschaft intensiv erforscht. Dabei wurden vor allem folgende Zusammenhänge herausgestellt:

1) Durch den Wegfall des familienbasierten Wirtschaftens in Bauern- oder Handwerkerfamilien und die Einführung von staatlichen Alterssicherungssystemen ist es ökonomisch nicht mehr sinnvoll, viele Kinder in die Welt zu setzen (Mackenroth 1953). Sie nützen weder als billige Arbeitskräfte im Familienbetrieb, noch sind sie für die Altersversorgung ihrer Eltern erforderlich. Unter den Bedingungen der Industriegesellschaft ist es sicherer und weniger aufwändig, durch sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit Rentenansprüche zu erwerben, als viele Kinder großzuziehen.

2) Mit wachsendem Bildungsstand von Frauen steigen die Opportunitätskosten der Kinder. Opportunitätskosten beziffern einen entgangenen Nutzen, der im vorliegenden Fall durch die Entscheidung für Kinder und gegen eigene Erwerbsarbeit entsteht (Becker 1960). Gleichzeitig ist das Erziehen von Kindern durch steigende Kosten für deren Ernährung, Kleidung, Betreuung und Ausbildung immer teurer geworden. Konnte sich Anfang des 20. Jahrhunderts schon ein 14-Jähriger bei Bauern oder in der Industrie verdingen und zum Familieneinkommen beitragen, muss heute von den Eltern häufig eine lange Schul- und Ausbildungsphase finanziert werden.

3) Schließlich sind auch die biografischen Optionen in einer modernen Gesellschaft ungleich größer als in der Agrar- oder frühen Industriegesellschaft (Birg 1987, Birg/ Flöthmann/ Reiter 1991). War damals die Heirat oft die einzig mögliche und akzeptierte Form, einem patriarchalischen Elternhaus oder dem Dienstbotendasein zu entinnen, können junge Menschen heute zwischen verschiedenen Ausbildungen, Wohnorten und Partnerschaftsformen wählen. Eine Familiengründung schränkt unter diesen Umständen die biografische Entscheidungsfreiheit ein.

Für die Erklärung der sinkenden Fertilität beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft sind diese Zusammenhänge belegbar und plausibel. Sie sind aber unseres Erachtens vor dem Hintergrund einer Diskreditierung aktiver Bevölkerungspolitik in Deutschland zu lange unhinterfragt geblieben. So war es möglich, dass Ursachen und langfristige Folgen der extrem niedrigen Fertilität hierzulande drei Jahrzehnte lang ignoriert werden konnten. Der Geburtenrückgang galt geradezu als Merkmal einer modernen Gesellschaft.

Zwei gängige Erklärungsansätze haben den sorglosen Umgang mit einem hohen Anteil Kinderloser und niedrigen Geburtenraten in Deutschland erleichtert und zur Konzeptionslosigkeit der Familienpolitik beigetragen:

⁴ Süddeutsche Zeitung vom 3. August 1979: „Schmidt warnt vor Katastrophenstimmung wegen Geburtenrückgangs“

a) Die Theorie vom demografisch-ökonomischen Paradoxon

Diese Annahme leitet sich unmittelbar aus der ökonomischen Theorie des Geburtenrückganges ab und lautet „je größer der Wohlstand, desto weniger Kinder“. Bis in die 1970er Jahre war eine solche negative Korrelation zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Kinderzahlen je Frau tatsächlich für alle Industrienationen und Entwicklungsländer nachzuweisen (Coale 1986).

Birg bezeichnet als demografisch-ökonomisches Paradoxon „...den Sachverhalt, dass sich die Menschen in den entwickelten Ländern, aber auch die wachsende Population des Mittelstandes in den Entwicklungs- und Schwellenländern, um so weniger Kinder leisten, je mehr sie sich auf Grund des seit Jahrzehnten steigenden Realeinkommens eigentlich leisten könnten.“ (Birg 2001, S. 42). Dieses Phänomen wird im Wesentlichen mit den steigenden Opportunitätskosten eigener Kinder unter den Bedingungen hoher Frauenerwerbsquoten⁵ und hoher beruflicher Qualifikation von Frauen erklärt. Für die Prosperität, Modernität, die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und die individuelle Gestaltbarkeit von Lebensverläufen muss demnach ein demografischer Preis bezahlt werden. Für Birg folgt der demografische Niedergang moderner Gesellschaften einer wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeit.

Tatsächlich verlief die Entwicklung der Frauenerwerbsquoten in allen westeuropäischen Ländern außer Irland in den 1970er und 1980er Jahren stetig aufwärts (Klammer/ Daly 2003) – ein Zeitraum, in dem alle diese Länder auch einen deutlichen Fertilitätsrückgang zu verzeichnen hatten (Abb. 1). Zwischen 1983 und 1992 war der Anstieg der Beschäftigtenzahlen in der EU – und damit ein Großteil des Wirtschaftswachstums – fast ausschließlich auf die Zunahme der erwerbstätigen Frauen zurückzuführen (Rubery/Smith/Turner 1996). Die steigende Frauenerwerbsquote hat den europäischen Wohlstand wachsen lassen und hat – so die Theorie des demografisch-ökonomischen Paradoxon – gleichzeitig den demografischen Niedergang ausgelöst.

b) Die Theorie vom Wertewandel

Diese zweite Argumentation macht hauptsächlich normative Gründe für den Rückgang der Geburtenzahlen in modernen Gesellschaften verantwortlich. Da sich „Wertewandel“ aber je nach politischem Standpunkt sowohl als Modernisierung als auch als Werteverfall interpretieren lässt, entzündeten sich hieran bis heute bevölkerungs- und familienpolitische Kontroversen.

Nach den Vorstellungen konservativer politischer oder religiöser Kreise leistet die moderne Gesellschaft einem Verfall traditioneller Werte Vorschub. Der Kapitalismus führe zu Egoismus, zu einer Auflösung der Geschlechterrollen und zum Verfall der Institution Ehe. Nur eine Rückkehr zu traditionellen Familienwerten könne den demografischen Niedergang aufhalten:

„Die Bevölkerungsfrage entsteht, wenn die Summe der individuellen Lebenswünsche den überindividuellen Zusammenhang auflöst.“ schreibt etwa der Politikwissenschaftler Tilman Mayer und fasst zusammen: „Je älter geheiratet wird, je mehr geschieden wird, je urbaner gelebt wird, desto weniger Kinder wird es geben, desto älter wird die Gesellschaft, desto mehr wird die Gesellschaft Menschen von außen anwerben müssen.“ (Mayer 1999, S. 96)

⁵ Die Frauenerwerbsquote bezeichnet denjenigen Anteil aller Frauen einer bestimmten Altersgruppe (häufig zwischen 15 und 65 Jahren – jedoch sind auch andere Altersabgrenzungen möglich), der einer Erwerbstätigkeit nachgeht bzw. eine solche sucht. Die Quote bezieht also erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Frauen gleichermaßen ein. Im Gegensatz dazu bezieht sich die Beschäftigungs- oder Erwerbstätigenquote nur auf die tatsächlich erwerbstätigen Personen ohne Berücksichtigung der Arbeitslosen.

Diese Besorgnis wird auch von kirchlicher Seite geteilt: „Nur die Stärkung der Familien, auch der Ehe als Bindung auf Lebenszeit, wird nach meiner Überzeugung einem weiteren demografischen Rückgang der Bevölkerung entgegen wirken können“, so Kardinal Karl Lehmann (Politische Studien 396, S. 10).

Eine gleich lautende These wird mit anderer Konnotation auch von liberalen und politisch links stehenden Meinungsführern vertreten. Hier ist dann nicht von Werteverfall, sondern von „Wertewandel“ die Rede. Unter dem Titel „Jeder hat das Recht zu leben wie er will“ wird die Entscheidung gegen eigene Kinder als Ausdruck einer neuen individuellen Freiheit betrachtet. Ein Zurück zu höheren Kinderzahlen kann nach dieser Vorstellung nur unter Aufgabe des Modells einer offenen, liberalen Gesellschaft erreicht werden. Von extremen Vertretern dieser Argumentationslinie wird jede Diskussion über eine mögliche Erhöhung der Kinderzahlen bis heute als neoliberal, sogar faschistisch zurückgewiesen, denn „Kinder werden nämlich als Privateigentum bzw. Humankapital ihrer Eltern betrachtet, das (im Hinblick auf die Rente) eine Rendite zu erbringen hat.“ (Butterwegge 2004, S. 282)

Beiden Denkansätzen, dem konservativen wie dem linken, liegen im Prinzip ähnliche Annahmen zugrunde: Dass nämlich die niedrige Geburtenrate in Deutschland eine zwangsläufige Folge einer liberalen bzw. marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung sei. Diese Auffassung führt im einen Fall zu einer Grundsatzkritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung, im anderen zu Gleichgültigkeit.⁶

Beide Argumente haben in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass die Möglichkeit der gesellschaftlichen Einflussnahme auf die Geburtenrate kaum objektiv diskutiert wurde. In der Politik herrschte lange die Auffassung, dass angesichts des demografisch-ökonomischen Paradoxons und des unausweichlichen Wertewandels ein demokratischer Staat keine Instrumente besitze, um die Geburtenzahl seiner Bevölkerung zu beeinflussen. Dies sei, wenn überhaupt, nur über massive Eingriffe in die individuelle Freiheit der Menschen möglich, weshalb man das Thema besser gar nicht erst diskutiere.

Diese Schlussfolgerung galt in Deutschland noch bis in die jüngste Vergangenheit. In dem 300-seitigen Abschlussbericht der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ des Deutschen Bundestages, die zehn Jahre lang (1992 bis 2002) alle Phänomene der demografischen Veränderung untersucht hat, wird eine mögliche Erhöhung der Geburtenrate durch politische Maßnahmen an keiner Stelle thematisiert (Deutscher Bundestag 2002).

Über der Furcht vor einer reaktionären Politik ist in Deutschland völlig in Vergessenheit geraten, dass auch demokratische Länder eine lange Geschichte der Bevölkerungspolitik vorweisen können. In der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass die heutige französische Fertilitätsrate von 1,89 Kindern je Frau – eine der höchsten Europas – nicht allein auf gute Betreuungseinrichtungen für Kinder, sondern auf eine 60-jährige kontinuierliche Bevölkerungspolitik zurückzuführen ist. Bereits im Jahr 1939 hatte Frankreich mit dem „Code de la famille“ die erste moderne pronatalistische Bevölkerungspolitik in Kraft gesetzt (Kaufmann 2003). Diese hat im Laufe der Jahrzehnte auch die gesellschaftliche Einstellung zu Kindern und individuelle Kinderwünsche nachhaltig geprägt.

⁶ Der Titel der Jahrestagung 2004 der Heinrich-Böll-Stiftung in Baden-Württemberg lautete „Wir werden älter, wir werden weniger – na und?“ Dieser Titel bringt sicher gut die Haltung nicht weniger, politisch links stehender Menschen zum demografischen Wandel und zu den geringen Kinderzahlen in Deutschland zum Ausdruck.

2. Westeuropa im Vergleich: Niedrige Geburtenziffern überall?

In Westeuropa existieren seit mehreren Jahrzehnten ähnlich hoch entwickelte Industriegesellschaften nebeneinander. Eine Konvergenz der Gesamtfertilitätsraten ist in diesen Ländern jedoch nicht zu beobachten (Abb. 1). Obwohl es sich um eine Region mit vergleichbaren ökonomischen Rahmenbedingungen handelt, reichen die Kinderzahlen je Frau (2003) von knapp 1,3 in Griechenland, Spanien und Italien bis fast zwei in Island⁷ und Irland – immerhin ein Unterschied von 50 Prozent. Während sich die Kinderzahl je Frau in Italien seit Beginn der 1970er Jahre von 2,4 auf 1,3 fast halbiert hat, haben die Schweden lediglich einen Rückgang von 1,9 auf 1,6 erlebt (Abb. 1).

Zwar liegen in allen Ländern Westeuropas die Gesamtfertilitätsraten unter 2,1 Kindern je Frau, jenem Wert, der nötig wäre, um eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu garantieren. Aber die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern werden sich mittel- und langfristig deutlich auf die jeweilige Bevölkerungsentwicklung auswirken. Denn während sich in Ländern mit einer Gesamtfertilitätsrate von 1,7 und darüber die Bevölkerungszahl auch langfristig mit moderater Zuwanderung stabil halten lässt, schrumpfen die Bevölkerungen der Länder mit niedriger Fertilität wie Deutschland, Italien oder Spanien bereits in absehbarer Zeit durch die immer größer werdenden Überschüsse der Sterbefälle gegenüber den Geburten⁸.

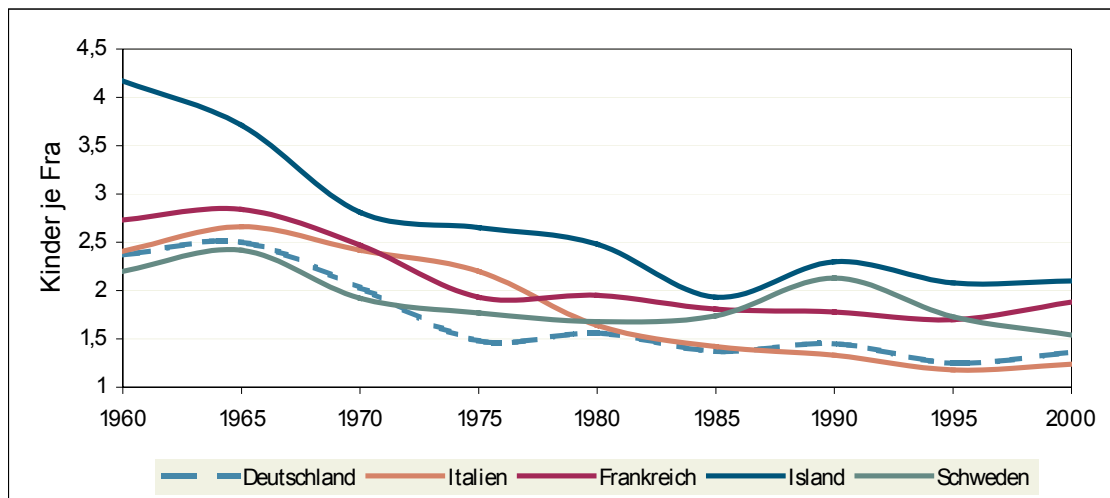
Die demografische Forschung hat bisher keine dauerhafte Wirksamkeit einzelner pronatalistischer Maßnahmen der Politik nachweisen können (Bavagos/ Martin 2000). Dies zeigt jedoch nur, dass eindimensionale Versuche der Beeinflussung des Vermehrungsverhaltens, etwa durch Geburtenprämien oder andere finanzielle Vergünstigungen, gescheitert sind, und dass ein umfassenderer Blick auf das Phänomen niedriger Geburtenraten notwendig ist: „...any discussion of the impact of public policy on couples — and, more precisely, on fertility — requires a redefinition of the traditional approach to family policies. This is especially true in view of the increasingly blurred borderlines between family policy and other public policy domains (old age, employment, gender equality, etc.)” (Bavagos/ Martin 2000, S. 19).

Unseres Erachtens ist belegbar, dass, langfristig gesehen, die politischen Rahmenbedingungen eines Landes – insbesondere in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter – nachhaltigen Einfluss auf die Geburtenraten nehmen. Im Folgenden werden wir anhand einer Makroanalyse verschiedener sozioökonomischer und demografischer Indikatoren belegen, dass nicht Modernität sondern ein Traditionalismus der Geschlechterrollen Ursache der spezifisch niedrigen Fertilitätsrate in Deutschland ist.

⁷ Obwohl es sich bei Island um eine kleine Nation mit lediglich 300.000 Einwohnern handelt, ist das Land bewusst mit in diese Untersuchung einbezogen worden. Island hat in den vergangenen Jahrzehnten eine bemerkenswerte wirtschaftliche und soziale Entwicklung erlebt und gehört heute zu den reichsten und modernsten Staaten der Erde. Dies zeigt sich auch an den für diese Untersuchung herangezogenen Indikatoren. Weil sich der Übergang von einer traditionellen zu einer sehr modernen Gesellschaft dabei ohne den häufig zu beobachtenden Einbruch der Fertilitätsrate auf Werte weit unterhalb des Ersatzniveaus vollzogen hat, ist die Entwicklung der isländischen Gesellschaft von besonderem Interesse.

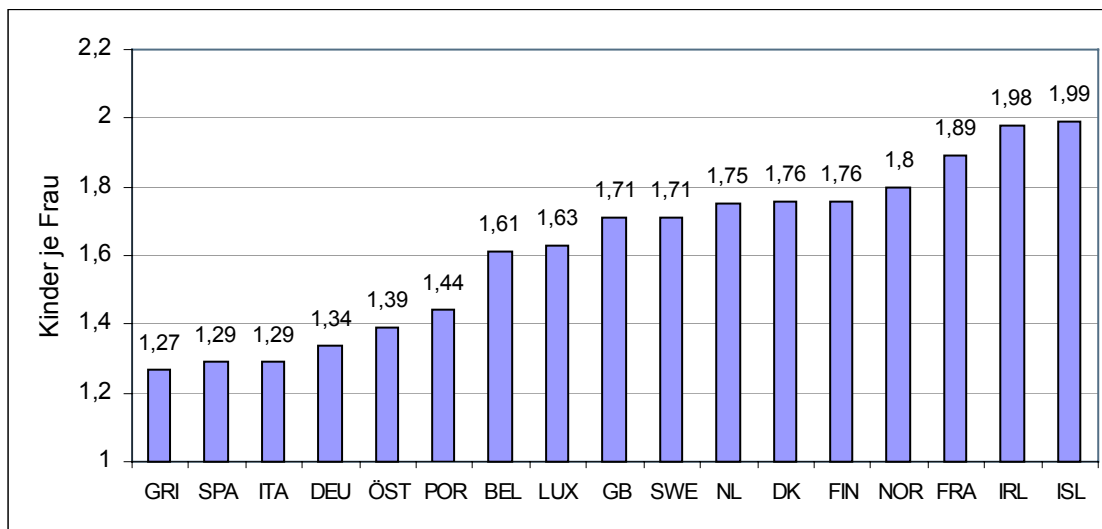
⁸ Vgl. Bevölkerungsprognosen der nationalen statistischen Ämter, verfügbar über die Eurostat-Online-Datenbank. Während Deutschland, Italien, Spanien und Griechenland bis 2050 deutliche Bevölkerungsverluste erwarten, wird für Länder wie Frankreich, die Niederlande, Island, Irland und Norwegen ein weiteres Wachstum der Bevölkerung prognostiziert.

Abb. 1: Rückgang der Kinderzahlen je Frau in ausgewählten Ländern Europas (1960 bis 2000)



Quelle: Eurostat

Abb. 2: Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) in Westeuropa (2003)



Quelle: Eurostat Online-Datenbank

3. Je reicher eine Gesellschaft, desto weniger Kinder?

Nein – je größer der Wohlstand um so mehr Nachwuchs

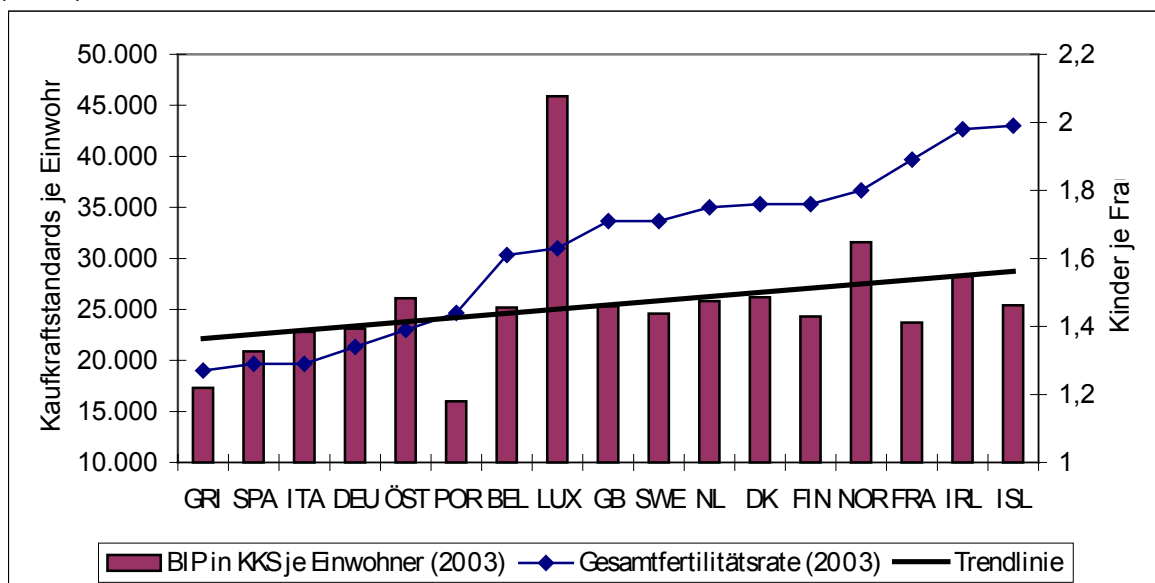
Vergleichende Untersuchungen zeigen, dass Werte und Einstellungen junger Menschen zu Familie, Sexualität und Kindern heute europaweit kaum relevante regionale Abweichungen aufweisen (Bavagos/Martin 2000). Wenn sich jedoch bei ähnlichen Einstellungen zu Familie und Kindern die tatsächlichen Kinderzahlen in den westeuropäischen Ländern stark voneinander unterscheiden, muss die Ursache für diese Diskrepanz in den verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen vermutet werden. Denn Opportunitätskosten, die bei der Familiengründung auftreten, seien sie nun ökonomischer oder biografischer Natur, werden vom Gesellschaftssystem entscheidend mitbestimmt. Und hier zeigt sich, dass sich ab einem bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstand der ursprünglich entgegengesetzt proportionale Zusammenhang zwischen Entwicklungsstand und Kinderzahlen umzukehren scheint.

Die Auflösung des als „demografisch-ökonomisches Paradoxon“ beschriebenen Zusammenhangs zeichnete sich in Westeuropa bereits in den 1980er Jahren ab. Pinelli (1995) zeigte anhand einer Faktorenanalyse ökonomischer, kultureller und geschlechterbezogener Indikatoren (mit Daten bis ca. 1990), dass in westeuropäischen Ländern ein hoher sozioökonomischer Entwicklungsstand keineswegs zwangsläufig mit einer geringen Gesamtfertilitätsrate einhergeht: „In particular, we must abandon the idea that there is necessarily an inverse relationship between the level of fertility, on the one hand, and the level of a country’s modernization...“ (Pinelli 1995, S. 96).

Dieses Ergebnis kann heute, bei Kenntnis zehn weiterer Jahre gesellschaftlicher Entwicklung in Europa, in vollem Umfang bestätigt werden. Im Westen Europas ist ein ökonomisch-demografisches Paradoxon nicht mehr nachzuweisen (Abb. 3). Das Wohlstandsniveau der einzelnen Länder (gemessen am kaufkraftkorrigierten Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner) korreliert positiv mit den Kinderzahlen. Die reicheren Länder Westeuropas wie Island (1,99 Kinder je Frau) oder Norwegen (1,80) haben höhere Kinderzahlen als ärmere wie Griechenland (1,27) oder Portugal (1,44).

Portugal, Spanien und Griechenland, Länder, die sich vergleichsweise spät modernisiert haben und noch heute in Bezug auf Wirtschaftsstruktur, Geschlechterverhältnis und die Rolle der Religion mehr der Tradition verhaftet sind als nördliche EU-Länder wie Norwegen und Schweden, verzeichnen deutlich niedrigere Kinderzahlen als solche, die sich sozial und wirtschaftlich früher und weiter entwickelt haben. Doch auch Irland und Island, die sich wirtschaftlich spät entwickelten und heute die europaweit höchsten Kinderzahlen verzeichnen, liegen in ihrer Wirtschaftskraft deutlich vor Deutschland.

Abb. 3: Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftstandards je Einwohner) und Gesamtfertilität in Westeuropa (2003*)



*BIP-Wert für Island von 2002; Korrelationskoeffizient BIP je Einwohner/Gesamtfertilität=0,37
Quelle: Eurostat Online-Datenbank, eigene Berechnungen

4. Je mehr Frauen am Herd, desto mehr Nachwuchs?

Nein - berufstätige Frauen und Kinder sind kein Widerspruch

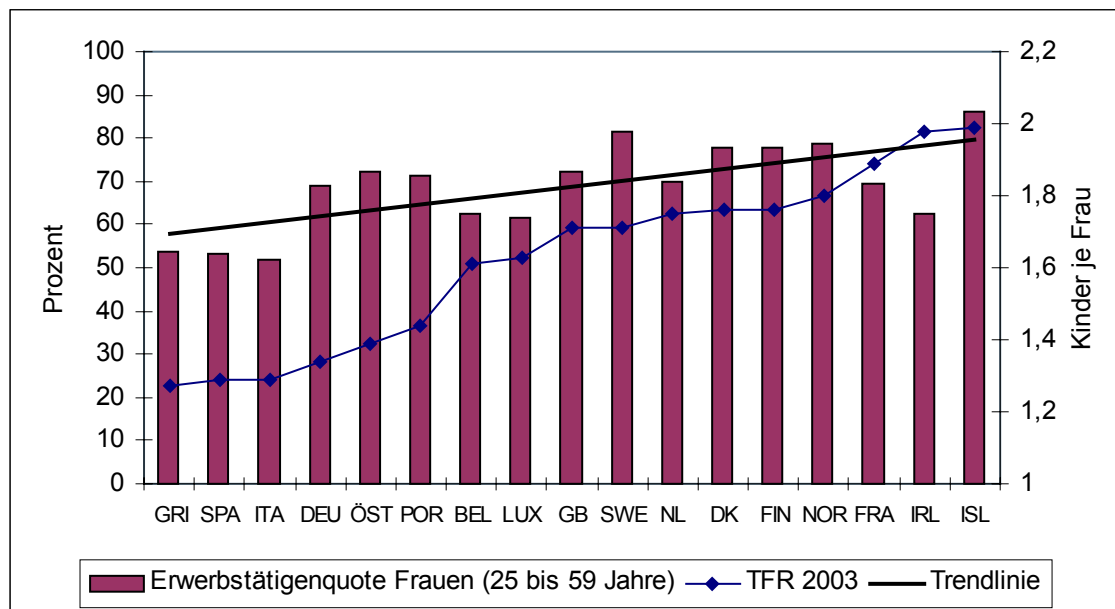
In Anlehnung an Beatrice Majnoni d’Intignano (zit. nach Veil 2004) kann man in Europa idealtypisch von drei Phasen der Entwicklung der Geburtenraten in Zusammenhang mit der Erwerbsbeteiligung von Frauen ausgehen:

1. Eine traditionelle Phase mit hoher Geburtenrate und geringer Frauenerwerbstätigkeit. Diese Phase endete in Deutschland Mitte der 1960er Jahre und fällt in die Zeit vor der Einführung moderner Verhütungsmittel.
2. Eine Phase mit steigender Frauenerwerbstätigkeit und sinkenden Geburtenraten. Diese Phase fällt in Deutschland in die 1970er Jahre. In den südeuropäischen Ländern dauert sie bis heute an.
3. Eine Phase des modernisierten Gesellschaftssystems mit einer stabilen hohen Frauenerwerbsbeteiligung und einer stabilen Fertilitätsrate.

Auf welchem Niveau sich die Fertilitätsrate stabilisiert, ist jedoch national sehr unterschiedlich. Während sich die Kinderzahl je Frau in Deutschland und Österreich schon früh auf dem sehr niedrigen Niveau von 1,4 eingependelt hat, scheint sich dieser Wert in Skandinavien oberhalb von 1,7, in Frankreich sogar bei 1,9 stabilisiert zu haben (Abb. 1).

Der europäische Vergleich zeigt eine deutliche Korrelation zwischen dem Grad der Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Gesamtfertilitätsrate – was darauf hindeutet, dass die Möglichkeit, Kinder und Beruf zu vereinbaren, die Kinderfreundlichkeit einer Gesellschaft erhöht. Während Länder wie Spanien, Italien oder Griechenland, in denen nur knapp über 50 Prozent der 25- bis 59-jährigen Frauen erwerbstätig sind, auch die geringsten Geburtenraten verzeichnen, hat Island, wo fast 90 Prozent der 25- bis 59-jährigen Frauen im Beruf stehen, die höchste Fertilitätsrate Europas (1,99). Aber es gibt auch Abweichungen vom Trend. So verzeichnen Deutschland und Österreich eine geringe Kinderzahl je Frau bei einer relativ hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen (Abb. 4). In Deutschland gründet diese Gleichzeitigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit auf dem großen Anteil kinderloser Frauen – mit geschätzten 29 Prozent (BIB 2004) ist dies der wahrscheinlich höchste Wert weltweit. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Kinder die berufliche Entwicklung deutscher Frauen besonders stark beeinträchtigen. Viele Frauen verzichten hierzulande lieber ganz auf Nachwuchs, als ihre berufliche Entwicklung einzuschränken.

Abb.4: Erwerbstätigenquote von Frauen (25 bis 59 Jahre) und Gesamtfertilität in Westeuropa (2003*)



*Wert der Erwerbstätigenquote für Island von 2002

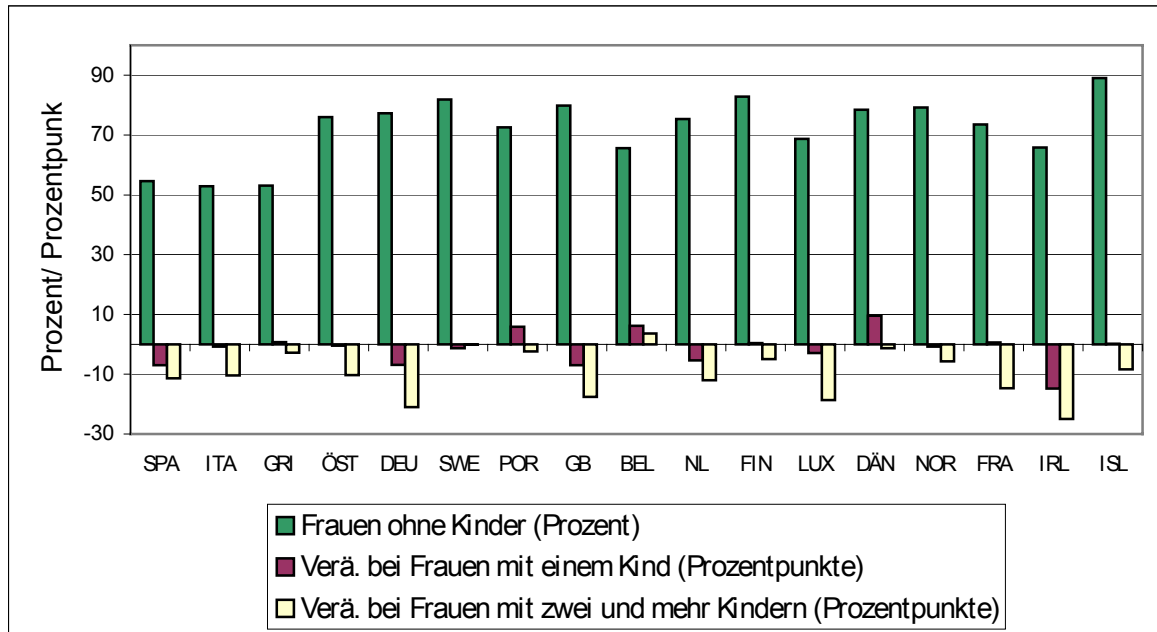
Korrelationskoeffizient Erwerbstätigenquote von Frauen/Gesamtfertilität=0,62

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Wie unterschiedlich gut es in Westeuropa möglich ist, Kinder und Beruf zu vereinbaren, wird auch an der Veränderung der Erwerbstätigkeit von Frauen sichtbar, wenn sie Kinder haben (Abb. 5). Während kinderlose Frauen im Jahr 2000 in Deutschland zu 77 Prozent erwerbstätig waren, reduziert sich dieser Wert bei Frauen mit einem Kind auf 70 Prozent. Frauen, die zwei oder mehr Kinder haben, sind nur

noch zu 56 Prozent erwerbstätig. In keinem anderen westeuropäischen Land, mit Ausnahme von Irland, ziehen sich Frauen mit zwei und mehr Kindern derart häufig aus dem Erwerbsleben zurück. In den relativ kinderreichen Ländern Schweden, Norwegen und Frankreich sind Frauen mit einem Kind praktisch gleich häufig erwerbstätig wie kinderlose. Selbst in Portugal, Finnland oder Dänemark geht die Erwerbsbeteiligung nur um ein bis sechs Prozentpunkte zurück, wenn Frauen Kinder haben. Frauen mit zwei und mehr Kindern sind in Frankreich zu 59, in Island zu 81 und in Schweden zu 82 Prozent erwerbstätig.

Abb. 5: Erwerbsbeteiligung (2000) von Frauen (25-54 Jahre) ohne Kinder (in Prozent) und die Veränderung der Erwerbstätigkeit, wenn Frauen ein Kind, bzw. zwei und mehr Kinder haben (in Prozentpunkten)



Quelle: OECD, eigene Berechnungen; die Anordnung der Länder erfolgt mit von links nach rechts steigender Gesamtfertilitätsrate

5. Lösen Kindergärten das Problem des Geburtenmangels?

Nein – Betreuungsangebote für Drei- bis Sechsjährige allein führen nicht zu mehr Kindern

Es ist unbestritten, dass Betreuungseinrichtungen für Kinder eine notwendige Voraussetzung dafür sind, Frauen überhaupt die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie zu ermöglichen. In Deutschland gibt es seit 1996 einen Rechtsanspruch auf eine – in der Regel halbtägige – Kinderbetreuung⁹. Dieses Angebot ist jedoch in keiner Weise hinreichend und hat bis dato keinen nachweisbaren Einfluss auf die Geburtenraten (Hank/ Kreyenfeld/ Spieß 2003). Offensichtlich müssen Mütter ihre Berufstätigkeit stark einschränken oder gar aufgeben, bis das Kind drei Jahre alt ist. Besonders für Frauen mit hohen Qualifikationen kommt dies einem beruflichen Abstieg gleich.

Es gibt denn auch einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Anteil unter dreijähriger Kinder, die Betreuungseinrichtungen besuchen, und der Zahl der Kinder je Frau in den westeuropäischen Ländern

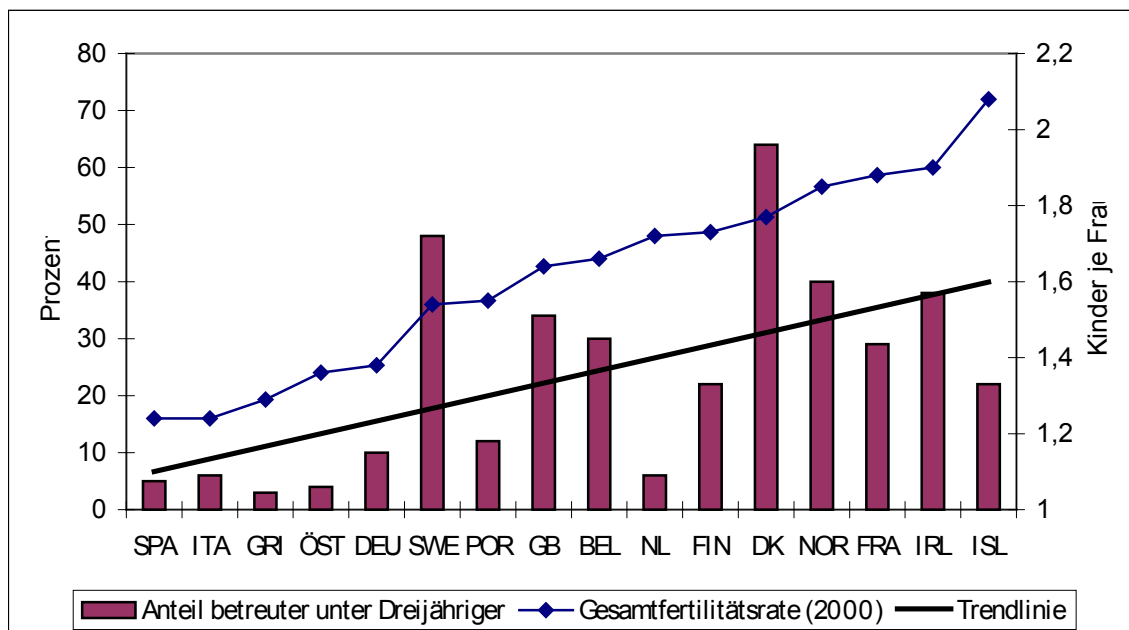
⁹ Seit 1996 gilt in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (BVerfG im Urteil zum § 218 StGB). Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes war, dass der Rechtsanspruch den Entschluss begünstigen sollte, ungeborenes Leben auszutragen. Gesetzlich verankert wurde der Anspruch im Achten Sozialgesetzbuch - SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), §24. Er gilt für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt und bezieht sich in der Regel auf einen Halbtagsplatz. Die Länder haben eigene - zum Teil unterschiedliche - Ausführungsbestimmungen dazu in ihren Ausführungsgesetzen zum Kinder- und Jugendhilfegesetz erlassen.

(Abb. 6). In vergleichsweise kinderreichen Ländern wie Frankreich besuchten (im Jahr 2000) 29, in Schweden 48 und in Dänemark sogar 64 Prozent aller Kinder unter drei Jahren eine Kindertagesstätte. In Deutschland liegt diese Quote wie in den anderen kinderarmen Ländern Italien¹⁰, Spanien oder Österreich bei zehn Prozent und darunter.

Doch auch dieses Angebot von Betreuungseinrichtungen ist allein nicht hinreichend. Nur wo ein gutes Betreuungsangebot auch auf eine gesellschaftliche Akzeptanz der außerfamiliären Betreuung von Kindern trifft, wird es Frauen tatsächlich möglich, Beruf und Familie zu vereinbaren (Knudsen/ Wærness 2001). Und diese Akzeptanz ist politisch formbar. Die französische Bevölkerungspolitik hat über Jahrzehnte dazu beigetragen, dass ein Wertesystem entstanden ist, in dem erwerbstätige Mütter als Normalfall gelten. Ebenso normal ist es, auch kleine Kinder außerfamiliär betreuen zu lassen (Brossé-Verbiest /Wagner 2003)¹¹.

In Deutschland dagegen kollidieren berufliche Ambitionen von Frauen noch immer mit den gesellschaftlich vermittelten und verinnerlichten Ansprüchen nach individueller Kinderbetreuung durch die Mutter. Die Meinung, dass sich eine Berufstätigkeit der Mutter negativ auf deren Kinder auswirke, hat in Deutschland eine lange Tradition und fand in Westdeutschland noch bei einer Befragung im Jahr 1996 die höchste Zustimmung aller europäischen Ländern (Europäische Kommission 1996, S. 44). Beruf und Familie stehen deshalb für viele Frauen in einem Konkurrenzverhältnis. Mit dem Effekt, dass sie sich häufig für Kinderlosigkeit und gegen eine Mutterrolle entscheiden.

Abb. 6: Anteil von unter Dreijährigen, die in Kindertagesstätten betreut werden und Gesamtfertilität (2000)



Korrelationskoeffizient Anteil betreuter unter Dreijähriger/ Gesamtfertilität=0,58 (für Luxemburg keine Daten)
Quelle: Eurostat, OECD, eigene Berechnungen

¹⁰ Italien hat eine hohe Betreuungsquote bei Kindern im Vorschulalter, aber nur eine sehr geringe Versorgung mit Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige (Della Sala 2002).

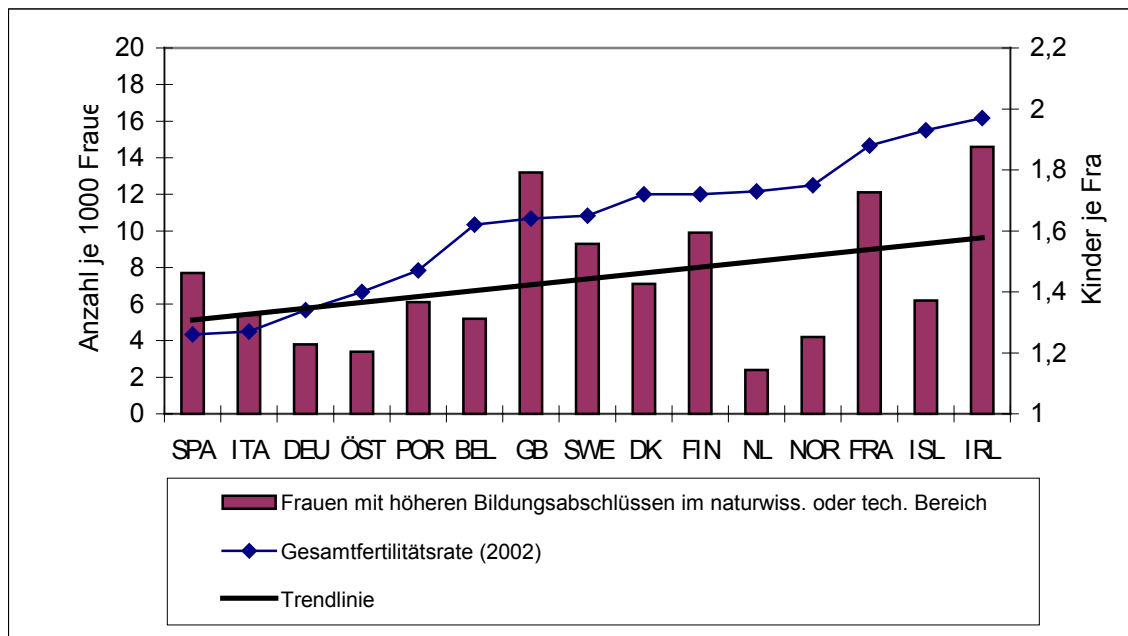
¹¹ Auch wenn Brosse-Verbiest/Wagner in Frankreich einen gesellschaftlichen und ökonomischen Druck zur schnellen Rückkehr in den Beruf und zur außerhäuslichen Kinderbetreuung ausmachen, spricht die hohe Fertilitätsrate Frankreichs dafür, dass die dortigen Lebensbedingungen den Bedürfnissen von Eltern besser entsprechen als in Deutschland, wo das „männliche Ernährermodell“ Frauen eher zur eigenen Kinderbetreuung drängt.

6. Sichert eine „traditionelle Aufgabenteilung“ der Geschlechter die natürliche Reproduktion der Bevölkerung?

Nein - wo Frauen und Männer gleichberechtigt sind, gibt es mehr Kinder

Die Theorie des demografisch-ökonomischen Paradoxons lässt vermuten, dass die Kinderzahlen sinken, wenn Frauen in ehemals von Männern dominierte, gut bezahlte Berufsbereiche vordringen. Die Realität belegt jedoch das Gegenteil. Die Gesamt-Hochschulabschlussquote von Frauen zeigt zunächst keinen Zusammenhang mit den Fertilitätsraten der jeweiligen Länder (vgl. Tabelle im Anhang, Spalte n). Doch betrachtet man nicht die Hochschulabschlüsse insgesamt, sondern die Hochschulabschlüsse im naturwissenschaftlich-technischen Bereich als Indikator für das Vordringen der Frauen in gut bezahlte frühere Männerdomänen, so ist durchaus eine Tendenz erkennbar: Im kinderarmen Deutschland verfügen nur 3,6 von 1.000 Frauen zwischen 20 und 29 Jahren über einen solchen Abschluss. In Schweden liegt der Anteil bei 7,6, in Frankreich bei 12,1 je 1.000 Frauen (Abb. 7).

Abb. 7: Höhere Bildungsabschlüsse in Naturwissenschaft und Technik je 1.000 Frauen (20 bis 29 Jahre) und Gesamtfertilität (2002)



Korrelation Frauen mit höherem technischen Bildungsabschluss/ Gesamtfertilität=0,44
Quelle: Eurostat Online-Datenbank

Die Differenz zahlreicher ökonomischer Indikatoren für Männer und Frauen in einer Gesellschaft sagt etwas darüber aus, wie gleichberechtigt beide Geschlechter am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dies gilt etwa für die Differenz zwischen Männer- und Frauenerwerbslosigkeit und -erwerbstätigenquote. Generell gilt: Je größer die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, umso geringer die Kinderzahlen.

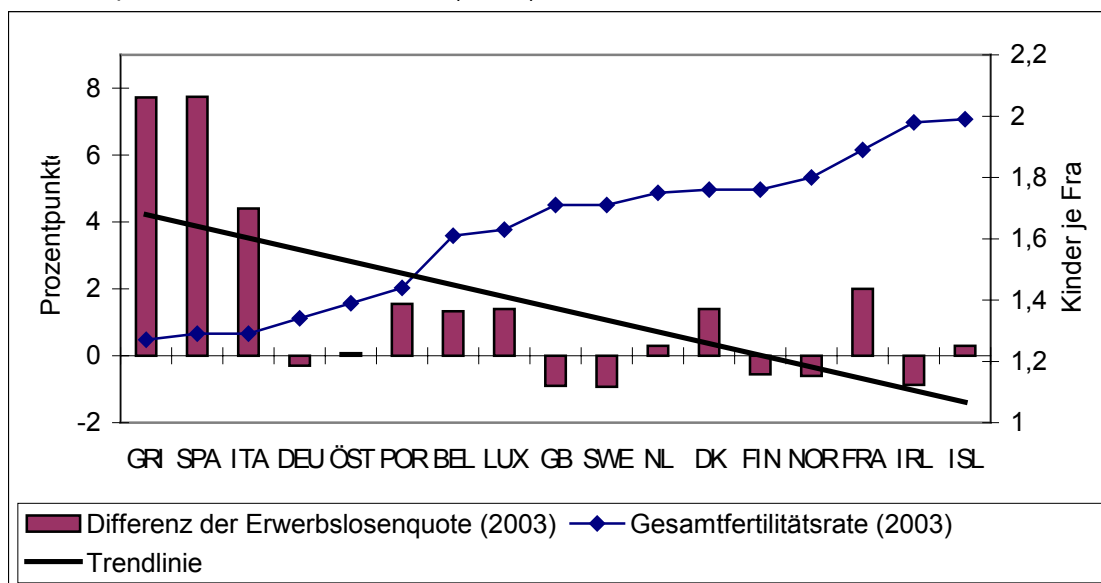
So liegt die Erwerbsbeteiligung von 25- bis 49-jährigen Frauen in den kinderarmen Ländern Spanien, Griechenland und Italien um mehr als 30 Prozentpunkte niedriger als die der gleichaltrigen Männer. In Schweden und Finnland beträgt diese „Geschlechter-Lücke“ weniger als vier Prozentpunkte. Deutschland liegt mit einer Differenz von 13 Prozentpunkten im Mittelfeld (vgl. Tabelle im Anhang, Spalten f, g, h).

Gleiches gilt für die Arbeitslosigkeit (Abb. 8; Tabelle im Anhang, Spalten i,j,k). In Spanien und Griechenland sind Frauen (im Alter von 25 bis 49 Jahren) mehr als doppelt so häufig erwerbslos wie ihre männli-

chen Kollegen. Insgesamt liegt in sechs von acht Ländern mit der geringsten Fertilität die Arbeitslosenquote der Frauen deutlich (mehr als einen Prozentpunkt) über jener der Männer, bei den neun Ländern mit höherer Fertilität ist dies nur in zwei Staaten (Frankreich und Dänemark) der Fall.

Der Wert für die Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen Männern und Frauen in Deutschland – insgesamt liegt die Arbeitslosigkeit von Frauen 0,3 Prozentpunkte unter derjenigen der Männer – verschleiert allerdings regionale Unterschiede zwischen Ost und West. Dies ist dem bevölkerungsmäßig hohen Gewicht der westdeutschen Bundesländer geschuldet. In Ostdeutschland liegt die Arbeitslosenquote der Frauen je nach Bundesland um ein bis 1,5 Prozentpunkte über den extrem hohen Werten der Männer¹². Die seit Jahren sehr ungünstige Situation für Frauen auf dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer hat dazu geführt, dass weit mehr Frauen als Männer abgewandert sind. Von den rund 1,05 Millionen Menschen, die zwischen 1990 und 2002 in den Westen umgesiedelt sind, waren 65 Prozent weiblich (Mai 2004, eigene Berechnungen). Die Kinderzahl je Frau ist in Ostdeutschland mit durchschnittlich 1,2 heute noch immer deutlich niedriger als im Westen. Auch in Deutschland zeigt sich also, dass dort, wo die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu jener der Männer am schwierigsten ist, weniger Kinder geboren werden. Eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für Frauen wirkt sich offensichtlich deutlicher auf die Kinderzahlen aus als die Versorgung mit Betreuungseinrichtungen. Letztere ist im Osten Deutschlands weitaus besser als in den alten Bundesländern (Hank/ Kreyenfeld/ Spieß 2003).

Abb. 8: Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten (Frauen – Männer, 25 bis 49 Jahre) in Prozentpunkten und Gesamtfertilität (2003*)



*Arbeitslosenquoten für Island von 2002; Korrelationskoeffizient Differenz der Arbeitslosenquoten/ Gesamtfertilität= - 0,66, Quelle: Eurostat Online-Datenbank, Statistisches Amt Island

7. Führen „stabile Familienstrukturen“ zu mehr Kindern?

Nein - Familie braucht keine Ehe

Rückläufige Kinderzahlen werden häufig mit einem „Werteverfall“ in der modernen Gesellschaft in Verbindung gebracht. Dort, wo sich Institutionen wie Ehe und Familie auflösen, wo Frauen Männerrollen übernehmen und eigene berufliche Wege gehen, bleiben – so die konservative Theorie – die Kinder auf der Strecke.

¹² Statistisches Bundesamt, Datenbank Genesis-online, Werte für 2003

Schon melden sich konservative Kreise und religiöse Fundamentalisten zu Wort, die vor dem Aussterben der Menschheit warnen und Familienplanung und Frauenrechte als Ursache für den Kindermangel ausgemacht haben (Kröger/van Oist/Klingholz 2004). Doch existiert der unterstellte Zusammenhang zwischen traditionellen Familienstrukturen und hohen Kinderzahlen überhaupt?

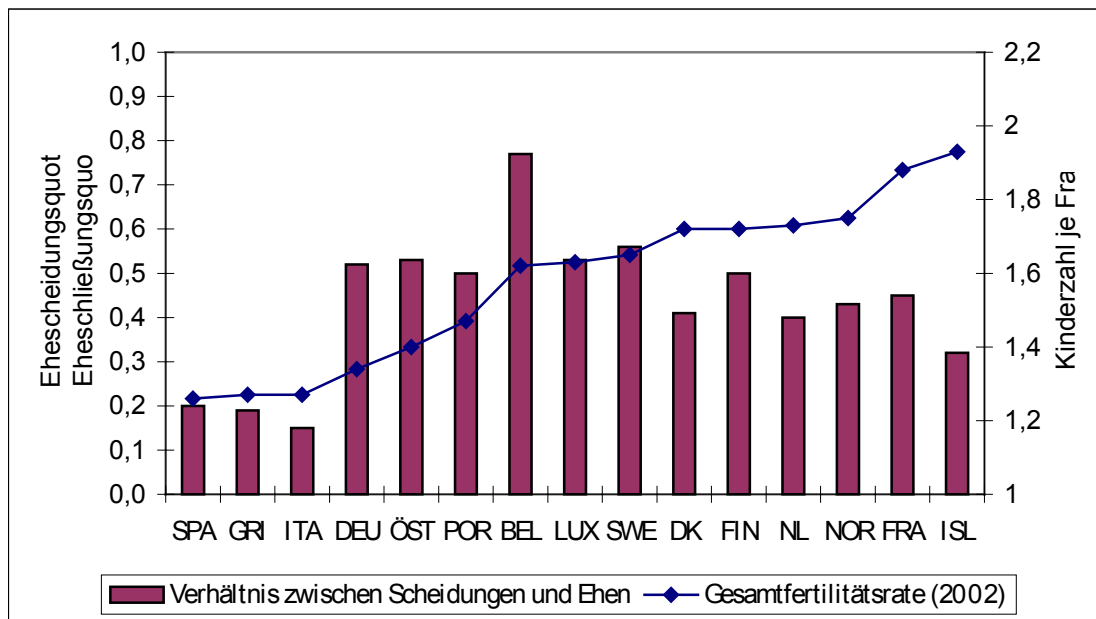
Zweifellos ist die Verbindlichkeit der Institution Ehe in den letzten Jahrzehnten gesunken, sind die Beziehungen zwischen Männern und Frauen unsicherer geworden. Immer mehr Menschen bleiben unverheiratet und auch jene, die eine Ehe eingehen, haben keine Garantie auf eine lebenslange Partnerschaft. Die Zahl der Ehescheidungen hat in den letzten Jahrzehnten europaweit zugenommen (BIB 2004).

Doch nichts deutet darauf hin, dass Gesellschaften mit stabileren Ehen auch höhere Kinderzahlen aufweisen. Nimmt man das Verhältnis von Scheidungen und Eheschließungen eines Jahres als Maß für die Stabilität von Ehen, so findet sich keineswegs ein negativer Zusammenhang zwischen der Scheidungshäufigkeit und der Kinderzahl je Frau. Klammert man Irland, wo bis 1996 Ehescheidungen noch illegal waren und das deshalb bis heute eine sehr niedrige Scheidungsrate aufweist, einmal aus, zeigt sich sogar eine positive Tendenz (Abb. 9). Während in den relativ kinderreichen westeuropäischen Ländern Schweden und Finnland im Jahr 2002 mehr als halb so viele Ehen geschieden wie neu geschlossen wurden, war es im kinderarmen Italien nur ein Siebtel¹³.

Der Grund für diesen zunächst verblüffenden Zusammenhang ist sicher nicht, dass instabile Beziehungen das Kinderkriegen begünstigen. Die Scheidungshäufigkeit ist vielmehr ein Indikator für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Wo Frauen die Möglichkeit haben, finanziell unabhängig von ihrem männlichen Partner zu existieren, steigt die Bedeutung der emotionalen gegenüber der juristisch fixierten und ökonomisch notwendigen Bindung. Dies trägt, gemeinsam mit der gesellschaftlichen Akzeptanz von Ehescheidungen, offenbar dazu bei, dass auch die Wahrscheinlichkeit, sich nach einer Eheschließung wieder zu trennen, steigt. Zu geringeren Kinderzahlen führt dies jedoch nicht. Denn in Gesellschaften, in denen Männer und Frauen gleichberechtigt im Berufsleben stehen, können Frauen mit Kindern sicher sein, dass sie auch nach einer Trennung finanziell abgesichert leben können.

¹³ Die Tatsache, dass in Italien Paare häufig eine faktische Trennung bei formal weiterbestehender Ehe vollziehen (Wanrooij 2001) zeigt, dass die gesellschaftliche Stigmatisierung der Ehescheidung – die in Italien erst 1970 legal wurde – noch immer hoch ist.

Abb. 9: Verhältnis von Ehescheidungen und -schließungen je 1.000 Einwohner (Ehescheidungsquote/Eheschließungsquote) und Gesamtfertilität (2002)

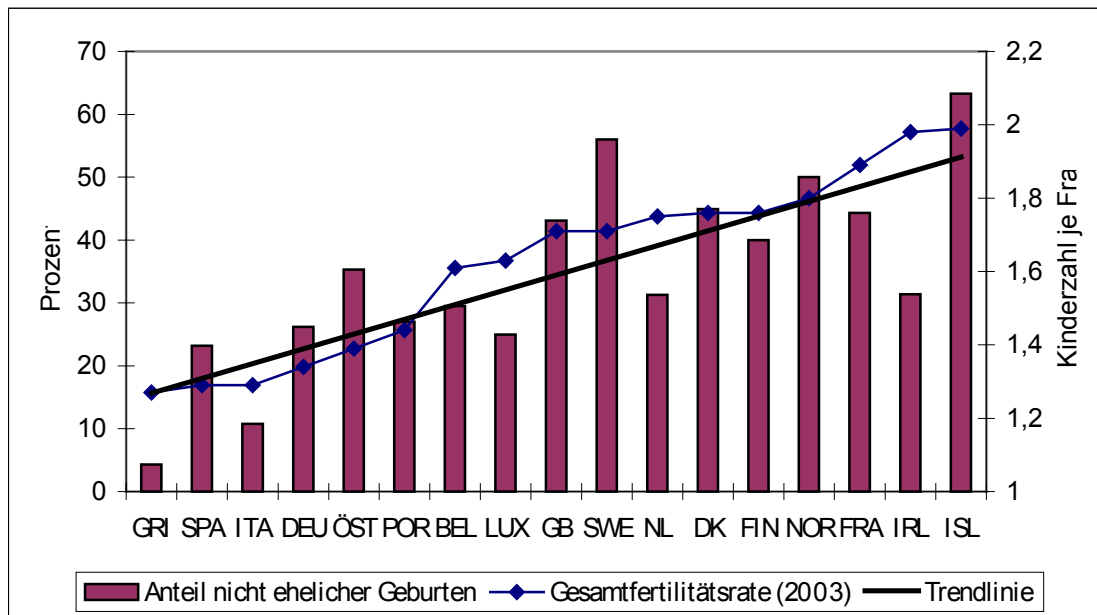


Quelle: Eurostat, OECD, eigene Berechnungen (Großbritannien: k.A.)

Dieser Zusammenhang lässt sich auch damit belegen, dass in Ländern mit einem höheren Anteil außerehelicher Geburten generell mehr Kinder zur Welt kommen (Abb. 10). In allen westeuropäischen Ländern, die eine Gesamtfertilitätsrate von mehr als 1,7 Kindern je Frau aufweisen, wird ein größerer Anteil aller Kinder außerhalb von Ehen geboren als in Deutschland. Der statistische Zusammenhang zwischen dem Anteil unehelicher Kinder und der Kinderzahl je Frau (0,75) ist sogar der deutlichste unter allen betrachteten Indikatoren. Länder wie Spanien und Griechenland, in denen uneheliche Lebensgemeinschaften und uneheliche Kinder noch immer stigmatisiert sind und dementsprechend selten vorkommen, haben die geringsten Geburtenraten Westeuropas.

Kinderarme Gesellschaften wie Italien, Spanien, Deutschland oder Griechenland bevorzugen die Ehe häufig steuerlich oder versuchen, diese Institution als gesellschaftlichen Norm aufrecht zu erhalten. Solche Länder sorgen mit ihrer Chancenungleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt und der Zuweisung der Kinderbetreuung vor allem auf die Frauen auch dafür, dass der Kindererziehende Partner finanziell abhängig von dem erwerbstätigen Partner wird. Da die emotionalen Ansprüche an Partnerschaften gestiegen sind und die Haltbarkeit der Bindungen abgenommen hat, gehen junge Menschen mit immer größeren Vorbehalten „endgültige“ Bindungen ein. Für Frauen bedeutet dies in den erwähnten Ländern häufig das Ende der finanziellen Unabhängigkeit. Für Männer die Verpflichtung, alleiniger Ernährer der Familie zu sein.

Abb. 10: Anteil nicht ehelicher Geburten und Gesamtfertilität in Westeuropa (2003)



Korrelationskoeffizient Anteil nicht ehelicher Geburten und Gesamtfertilität: 0,75

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

8. Kann die Gesellschaft Einfluss auf die Geburtenzahl nehmen?

Ja - aber Kindergeld allein macht keine Kinder

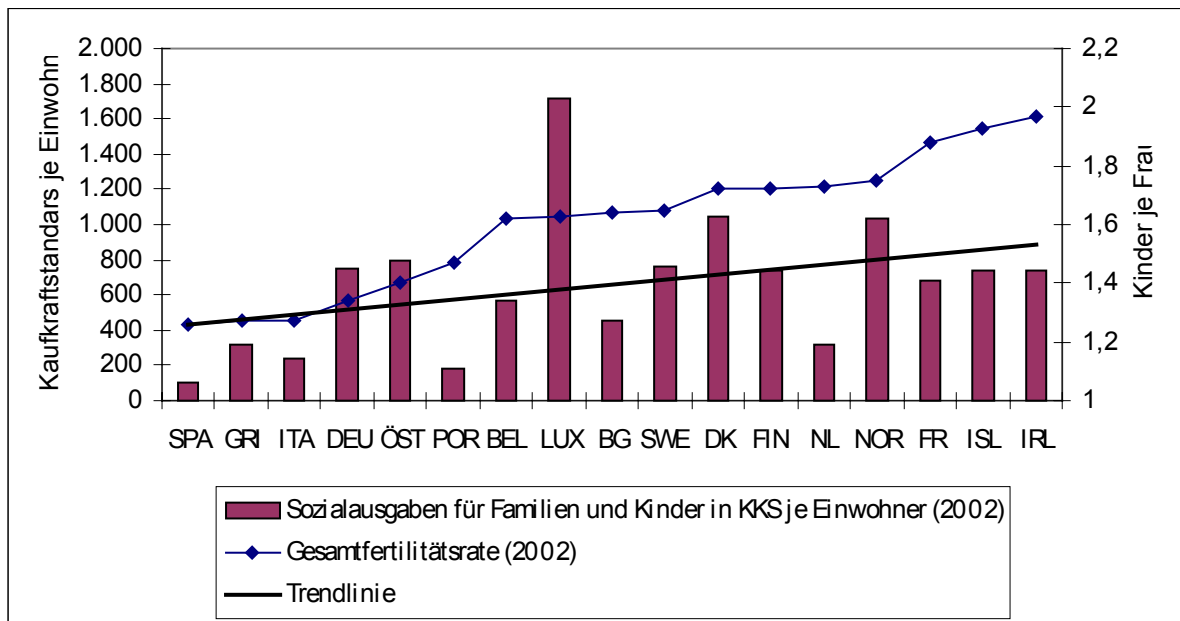
Der statistische Zusammenhang der Gesamtfertilitätsrate mit den Sozialausgaben für Familie und Kinder (gemessen in Kaufkraftparitäten je Einwohner) in Westeuropa ist mit 0,42 relativ schwach. Problematisch ist vor allem, dass die Sozialausgaben die unterschiedliche steuerliche Belastung von Familien mit Kindern nicht mit einbeziehen¹⁴. Eine Gesellschaft kann aber sehr wohl in Familienfreundlichkeit investieren. Sie muss es aber auf die richtige Art und Weise tun.

Deutschland leistet das offensichtlich nicht. Die deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie je Einwohner sind im europäischen Vergleich hoch. Dennoch ist Deutschland ein kinderarmes Land. Die Ursache dieser Diskrepanz sehen wir darin, dass die familienbezogenen Sozialausgaben Deutschlands im Zusammenhang mit dem deutschen Steuersystem noch immer auf die Förderung des „männlichen Ernährermodells“ ausgerichtet sind (Dingeldey 2002).

Nirgendwo in Europa wird noch heute das Modell „allein verdienender Familienvater und nichterwerbstätige Ehefrau“ so stark steuerlich begünstigt wie in Deutschland (Rürup, Gruescu 2003). Das hiesige „Ehegattensplitting“ berechnet die Steuerschuld eines Ehepaares auf Basis des Gesamteinkommens beider Partner. Dabei ist die Steuerersparnis um so höher, je größer die Einkommensdifferenz zwischen den Partnern ist. Sie ist maximal, wenn einer der Partner überhaupt kein Einkommen erzielt. Dieses Steuersystem fördert den Rückzug von Ehefrauen aus dem Erwerbsleben, da es eine relativ hohe Schwelle für die Aufnahme einer zweiten Erwerbstätigkeit errichtet, ab der sich diese für ein Paar überhaupt lohnt (Dingeldey 2002).

¹⁴ Unter Sozialausgaben werden die den Empfängern (in diesem Fall Familien bzw. Kinder) bar oder als Waren und Dienstleistungen zugute kommenden Sozialleistungen einschließlich der Verwaltungskosten der Träger erfasst (Berlè/ Fink 2000). In Bezug auf den Bereich Familie/Soziales beinhaltet dies i.d.R. direkte finanzielle Zuwendungen (wie Kindergeld oder Erziehungsgeld) sowie Ausgaben für Infrastruktur zur Kinderbetreuung.

Abb.11: Sozialausgaben für Familien und Kinder in Kaufkraftstandards je Einwohner und Gesamtfertilität (2002)



Korrelationskoeffizient Sozialausgaben für Familie und Kinder/Gesamtfertilität=0,42
 Quelle: Eurostat, OECD, eigene Berechnungen

Die Mehrheit der europäischen Länder hat heute individualisierte Steuersysteme - in Schweden, Finnland und Griechenland macht es überhaupt keinen steuerlichen Unterschied, ob der Familienvater (oder die -mutter) allein oder die Eltern gemeinsam für das Einkommen sorgen. Andere Länder (wie Frankreich) berechnen die Steuer auf Basis eines „Familiensplittings“, bei dem die Abgaben mit der Zahl der Kinder sinken.

Das deutsche System der Familienförderung ist dagegen noch immer auf eine Erhöhung des „Ernährerlohnes“ ausgerichtet. Das Kindergeld ist, nach Luxemburg, das zweithöchste Europas. Die gesetzlich zugesicherte „Erziehungszeit“ in Deutschland gehört mit 36 Monaten zu den längsten des Kontinents. Für 24 Monate zahlt der Staat nach Geburt eines Kindes zusätzlich zum Kindergeld ein einkommensabhängiges Erziehungsgeld, wenn ein Elternteil nicht voll arbeitet. Fast drei Viertel der deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie (71 Prozent) fließen in reine Transferleistungen wie Kinder- und Erziehungsgeld (Rürup, Gruescu 2003). Kinderreichere Länder investieren hingegen einen sehr viel größeren Teil ihrer Sozialausgaben in Dienstleistungen, die beiden Elternteilen eine weitere Erwerbstätigkeit ermöglichen. In Frankreich sind dies 45, in Schweden 50 und in Dänemark sogar 59 Prozent der Sozialausgaben für Familie und Kinder (Rürup/ Gruescu 2003).

Und genau diese Leistungen scheinen sich positiv auf die Kinderzahlen auszuwirken: Denn erstens haben gerade qualifizierte Frauen häufig kein Interesse daran, nach der Geburt eines Kindes drei Jahre zu Hause zu bleiben, da dies eine Entwertung ihrer Qualifikationen bedeuten würde. Und zweitens reicht die steuerliche „Aufstockung“ des Ernährerlohnes einschließlich der kindbezogenen Vergünstigungen keinesfalls aus, um den erhöhten Bedarf für Kinder zu decken *und* den Verlust eines zweiten Einkommens zu kompensieren.

Der Effekt dieser jahrzehntelangen Praxis deutscher Familienpolitik ist offensichtlich: Eine aktuelle Studie (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2005) belegt, dass im Westen Deutschlands noch im Jahr 2004 die befragten Familienväter zu 90 Prozent Haupternährer ihrer Familien waren, während

sich die Frauen in erster Linie um Kinder und Haushalt kümmern¹⁵. Eindeutig ist auch, welche Folgen ein „Ausfall“ des Haupternährers hierzulande hat: Alleinerziehende haben in Deutschland die höchste Sozialhilfequote aller Bevölkerungsgruppen. Mehr als ein Drittel aller Betroffenen (35,4%) ist auf Sozialhilfe angewiesen (Bundesregierung 2005). Dass Männer wie Frauen angesichts dieser Umstände zögern, sich auf das Abenteuer Kind einzulassen, ist leicht nachzuvollziehen.

Fazit

Der Rückgang der Geburtenraten auf niedrige Werte wie in Spanien, Griechenland oder Deutschland folgt keinem Naturgesetz. Er ist vielmehr die Konsequenz einer gesellschaftlichen Entwicklung, bei der die Emanzipation der Frauen eine wichtige Rolle spielt. Westeuropäische Frauen streben heute mehrheitlich nach eigener beruflicher Entwicklung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. In der jüngeren Generation wird dies immer wichtiger¹⁶. Gleichwohl ist der Wunsch nach Kindern und Familie weiterhin vorhanden. Wenn aber Frauen (und ihre Partner) emanzipierter und „moderner“ sind als die Gesellschaft, in der sie leben, passen Kinderwunsch und Lebensentwürfe nicht mehr zusammen. Dort entscheiden sich Menschen immer häufiger gegen Kinder. Gesellschaften, in denen die neue Rolle der Frauen anerkannt und unterstützt wird, zeichnen sich hingegen durch relativ hohe Kinderzahlen aus.

Der vorliegende Vergleich europäischer Staaten will die Möglichkeiten staatlicher Einflussnahme auf die Fertilitätsrate in ein neues Licht setzen: Zum einen ist die hierzulande verbreitete Auffassung, nur autoritäre Staaten könnten eine pronatalistische Politik ausüben, offensichtlich falsch. Zum anderen führt die gesellschaftliche Entwicklung moderner Industrienationen nicht zwingend zu immer weniger Nachwuchs. Im Gegenteil sind gerade in modernen Gesellschaften mit einer hohen Gleichstellung der Geschlechter vergleichsweise hohe Kinderzahlen möglich.

Vor dem Hintergrund der Auswertung verschiedener sozioökonomischer und demografischer Indikatoren können unserer Auffassung nach folgende Maßnahmen dazu beitragen, die Kinderzahlen in Deutschland und anderen kinderarmen Gesellschaften Europas zu erhöhen:

1) Notwendige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von beruflicher Entwicklung beider Elternteile und einer Familiengründung ist die Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder bereits im 1. Lebensjahr sowie eine flächendeckende Ganztagsbetreuung während der Schulzeit. Nur so können berufstätige Eltern (so sie dies wünschen) nach Geburt eines Kindes in den Beruf zurückkehren ohne eine Entwertung ihrer Qualifikationen und den langfristigen Verlust eines Einkommens hinnehmen zu müssen.

2) Bei einem vorübergehenden Rückzug aus dem Beruf nach der Geburt eines Kindes scheint es sinnvoll, diese Phase nur für kurze Zeit finanziell zu fördern - dafür aber in Höhe eines tatsächlichen Lohnersatzes. Gleichzeitig sollte wesentlich mehr Geld in Dienstleistungen fließen, die eine Erwerbstätigkeit beider Partner auch mit Kindern ermöglichen. Dazu zählt neben der Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen auch die Finanzierung von Tagesmüttern oder Haushaltshilfen.

3) Die Verantwortlichkeit der männlichen Partner für die Kinderbetreuung sollte gefördert werden. Denn zur Gleichberechtigung der Geschlechter gehört auch eine partnerschaftliche Teilung von Lasten und

¹⁵ In Ostdeutschland trugen in etwa der Hälfte der Familien Frauen gleich viel oder mehr als der Mann zum Familieneinkommen bei.

¹⁶ In einer europäischen Befragung zum Thema Gleichstellung von Mann und Frau (1996) stimmten 71 Prozent der 15- bis 24-jährigen Frauen der Aussage zu, dass ein eigenes Einkommen für eine Frau ein „Muss“ sei. Bei den über 55-jährigen Frauen lag die Zustimmung noch um 10,5 Prozentpunkte niedriger (Europäische Kommission 1996, S. 39)

Verantwortung bei der Nachwuchspflege. Dazu sollten Anreize für Väter gesetzt werden, vorübergehend beruflich zu pausieren und einen Teil der staatlich finanzierten Elternzeit zu übernehmen. Diese Maßnahmen sind beispielsweise in Schweden üblich. Dort verfällt die öffentliche Beihilfe in der Elternzeit sogar, wenn sie vom Vater nicht in Anspruch genommen wird.

4) Das Steuersystem sollte zugunsten von Familien reformiert werden. Als Besteuerungsgrundlage sollte einzig die Zahl der Kinder und nicht der Status der Partnerschaft herangezogen werden. Nur eine deutlichen steuerlichen Entlastung von Familien bei Erwerbstätigkeit beider Partner kann die gegenwärtige finanzielle Benachteiligung von Eltern gegenüber kinderlosen Erwerbstätigen kompensieren.

5) Unternehmen sollten familienfreundliche Arbeitsbedingungen wie flexible Arbeitszeiten gewährleisten und Frauen wie Männer bei der Einstellung und den Aufstiegschancen gleich behandeln. Angesichts einer bald schon schrumpfenden Erwerbsbevölkerung und einer verschärften Konkurrenz um junge, qualifizierte Mitarbeiter ist dies nicht nur vor familienpolitischem Hintergrund sinnvoll. Eine familienfreundliche Personalpolitik wird so zu einem entscheidenden Wettbewerbsvorteil.

Die dargestellten Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Indikatoren und der Fertilitätsrate eines Landes sind weder kausal zwingend noch stetig linear. Zweifellos haben auch historische Entwicklung, politische Rahmenbedingungen, kulturelle Erfahrungen, Traditionen in der Erwerbstätigkeit und Fragen der nationalen Mentalität einen Einfluss auf die Fertilitätsrate eines Landes. Dennoch lassen die ausgewählten Indikatoren als Merkmale der gesellschaftlichen Bedingungen in den verschiedenen Ländern unseres Erachtens eine eindeutige Interpretation familienfreundlicher Bedingungen zu.

Gesellschaftsstrukturen prägen auf lange Sicht nicht nur das Verhalten, sondern auch Normen und Werte einer Bevölkerung. In Deutschland hat die Kollision zwischen modernen Lebensansprüchen der Menschen und einer Politik, die im Kern an traditionellen Familienvorstellungen festhielt, dazu geführt, dass nicht nur die tatsächlichen, sondern auch die gewünschten Kinderzahlen je Frau heute zu den geringsten in Westeuropa gehören. Nur wenn Gesellschaft und alle Sparten der Politik gemeinsam eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben und bei der Kinderbetreuung gewährleisten können, ließen sich Kinderwünsche und beruflichen Ansprüche von Frauen und Männern vereinbaren. Aller Wahrscheinlichkeit nach gäbe es unter diesen Bedingungen auch in Deutschland wieder mehr Nachwuchs.

Anhang

Für die Analyse wurde auf die jeweils aktuellsten, für möglichst alle Länder verfügbaren Daten zurückgegriffen. Wurden Daten von vor 2003 verwendet, so waren neuere Daten nicht oder nur lückenhaft verfügbar. Die Berechnung der Korrelationskoeffizienten erfolgte jeweils mit der Gesamtfertilitätsrate jenes Jahres, für das auch der sozioökonomische Indikator verfügbar war.

Ausgewählte sozioökonomische Indikatoren und Gesamtfertilitätsraten in westeuropäischen Ländern

Spalte	a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k
	Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) (2000)	Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) (2001)	Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) (2002)	Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) (2003)	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftstandards (2003*)	Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter von 25 bis 59 Jahren (2003*)	Erwerbstätigenquote von Männern im Alter von 25 bis 59 Jahren (2003*)	Differenz der Erwerbstätigenquote (Männer – Frauen, 25 bis 59 Jahre) in Prozentpunkten (2003*)	Erwerbslosenquote Frauen 25 bis 59 Jahre (2003*)	Erwerbslosenquote Männer 25 bis 59 Jahre (2003*)	Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen – Männer), 25 bis 59 Jahre) in Prozentpunkten (2003*)
Griechenland	1,29	1,25	1,27	1,27	17300	53,13	87,23	34,1	12,9	5,18	7,73
Spanien	1,24	1,26	1,26	1,29	20900	53,33	84,4	31,07	14,53	6,78	7,75
Italien	1,24	1,25	1,27	1,29	22800	51,65	82,98	31,33	9,68	5,28	4,4
Deutschland	1,38	1,35	1,34	1,34	23100	69,2	82,6	13,4	9,5	9,8	-0,3
Österreich	1,36	1,33	1,4	1,39	26100	72,23	88,4	16,17	3,88	3,8	0,08
Portugal	1,55	1,45	1,47	1,44	16000	71,28	85,8	14,52	6,55	5	1,55
Belgien	1,66	1,64	1,62	1,61	25200	62,95	81	18,05	7,55	6,23	1,33
Luxemburg	1,76	1,66	1,63	1,63	45900	61,7	88,5	26,8	3,9	2,5	1,4
Schweden	1,54	1,57	1,65	1,71	24600	80,98	84,43	3,45	4,18	5,1	-0,93
Großbritannien	1,64	1,63	1,64	1,71	25300	72,08	85,85	13,77	3,25	4,15	-0,9
Niederlande	1,72	1,71	1,73	1,75	25800	70,23	88,3	18,07	3,4	3,1	0,3
Finnland	1,73	1,73	1,72	1,76	24300	77	80,65	3,65	7,13	7,68	-0,55
Dänemark	1,77	1,74	1,72	1,76	26200	77,78	86,85	9,07	5,75	4,35	1,4
Norwegen	1,85	1,78	1,75	1,8	31600	78,73	85,53	6,8	2,8	3,4	-0,6
Frankreich	1,88	1,89	1,88	1,89	23700	69,1	83,78	14,68	8,73	6,73	2
Irland	1,9	1,94	1,97	1,98	28300	62,38	85,35	22,97	3,45	4,33	-0,87
Island	2,08	1,95	1,93	1,99	25400	86	94,3	8,3	2,5	2,2	0,3
Korrelation mit Gesamtfertilitätsrate					0,37	0,63	0,26	-0,58	-0,69	-0,39	-0,64

Fortsetzung: Ausgewählte sozioökonomische Indikatoren und Gesamtfertilitätsraten in

westeuropäischen Ländern

Spalte	l	m	n	o	p	q	r	s	t
	Anteil nicht ehelicher Geburten in Prozent (2003)	Anteil von unter Dreijährigen, die in Kindertagesstätten betreut werden in Prozent (2000)	Hochschulabsolventinnen je 1000 der weiblichen Bevölkerung zwischen 25 und 34 Jahre (2001)	Frauen mit Abschlüssen im Natur- und Technikbereich je 1.000 Frauen von 20 bis 29 Jahre (2001)	Ehescheidungen/ Eheschließungen je 1.000 Einwohner (2002)	Sozialausgaben für Familien und Kinder in Kaufkraftstandards je Einwohner (2001)	Frauenerwerbsbeteiligung (25 bis 54 Jahre), Frauen ohne Kinder	Frauenerwerbsbeteiligung (25 bis 54 Jahre), Frauen mit einem Kind	Frauenerwerbsbeteiligung (25 bis 54 Jahre), Frauen mit zwei und mehr Kindern
Griechenland	4,3	3	k.A.	k.A.	0,19	319,5	53,1	53,9	50,3
Spanien	23,2	5	0,8	7,7	0,2	104,9	54,6	47,6	43,3
Italien	10,8	6	0,5	5,4	0,15	237,2	52,8	52,1	42,4
Deutschland	26,2	10	1,5	3,8	0,52	749,8	77,3	70,4	54,3
Österreich	35,3	4	1,1	3,4	0,53	799,9	76	75,6	65,7
Portugal	27	12	1,8	6,1	0,5	186,3	72,6	78,5	70,3
Belgien	29,5	30	0,6	5,2	0,77	573,5	65,6	71,8	69,3
Luxemburg	25	k.A.	k.A.	k.A.	0,53	1716,1	68,7	65,8	50,1
Schweden	56	48	2,2	9,3	0,56	762,3	81,9	80,6	81,8
Großbritannien	43,1	34	1,3	13,2	k.A.	453	79,9	72,9	62,3
Niederlande	31,3	6	0,7	2,4	0,4	323,5	75,3	69,9	63,3
Finnland	40	22	0,8	9,9	0,5	733,5	82,9	83,3	73,5
Dänemark	44,9	64	0,8	7,1	0,41	1050,1	78,5	88,1	77,2
Norwegen	50	40	2,6	4,2	0,43	1032,7	79,2	78,5	78
Frankreich	44,3	29	1,1	12,1	0,45	679,4	73,5	74,1	58,8
Irland	31,4	38	0,9	14,6	k.A.	733,1	65,8	51	40,8
Island	63,3	22	0,1	6,2	0,32	743	89,1	89,3	80,8
Korrelation mit Gesamtfertilitätsrate	0,76	0,58	-0,07	0,46	0,36	0,42	0,63		

*Wert für Island von 2002, die Sortierung der Länder folgt der Rangfolge der Gesamtfertilitätsrate im Jahr 2003
Quelle: Eurostat Online-Datenbank, Stand März 2005, Spalten r,s,t: OECD-Employment Outlook 2002

Literatur

- Bagavos C./ Martin, C. (2000): Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen. Synthesebericht. Österreichisches Institut für Familienforschung, Materialsammlung, Heft 10.
- Becker, G.S. (1960): An Economic Analysis of Fertility. In: Demographic and Economic Change in Developed Countries. Universities-National Bureau Conference Series (11). Princeton.
- Beriè, H./ Fink, U. (2000): Europas Sozialmodell – Die europäischen Sozialsysteme im Vergleich. Eine volkswirtschaftliche Analyse. WISO-Institut für Wirtschaft und Soziales GmbH. Berlin.
- Birg, H. (1987): A Biography Approach to Theoretical Demography. IBS-Materialien, Bd. 23. Bielefeld.
- Birg, H./ Flöthmann E.-J./ Reiter I. (1991): Biografische Theorie der demografischen Reproduktion. Frankfurt M.
- Brossè-Verbiest, S./ Wagner, N. (2003): Familienpolitik in Frankreich. In: KAS Auslandsinformationen 7/03, S. 54-75.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2004): Bevölkerung. Fakten, Trends, Ursache, Erwartungen. Die wichtigsten Fragen. Wiesbaden.
- Bundesregierung (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2005): Männer leben. Eine Studie zu Lebensläufen und Familienplanung. Köln.
- Butterwegge, C. (2004): Sozialreform, demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit. In: Neue Sammlung 44 (3), S. 259-282.
- Coale, A.J./ Watkins, S. (Hg.) (1986): The Decline of Fertility in Europe. Princeton.
- Della Sala, V. (2002): "Modernization" and Welfare-State Restructuring in Italy: The Impact on Child Care. In: Michel, S./ Mahon, R. (Hg.) (2002): Child Care Policy at the Crossroads. Gender and Welfare State Restructuring. New York, S. 171-187.
- Deutscher Bundestag (2002): Schlussbericht der Enquete-Kommission Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Bundestags-Drucksache 14/8800.
- Dingeldey, I. (2002): Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich. In: WSI-Mitteilungen 3/2002.
- Europäische Kommission (1996): Frauen und Männer in Europa: Wie steht es um die Chancengleichheit? Eurobarometer 44.3 – Ergebnisse einer Meinungsumfrage.
- Eurostat (2004): Eurostat Jahrbuch 2004. Luxembourg.
- Eurostat Online-Datenbank, Europäischer Datenservice, Online im Internet: www.eds-destatis.de (Stand der Daten: März 2005)
- Hank, C./ Kreyenfeld, M./ Spieß, K. (2003): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. MPIDR-Working Paper. Max-Planck-Institut für Demografische Forschung. Rostock.
- Kaufmann, F.-X. (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaates. Der deutsche Sozialstaat in internationalen Vergleich. Frankfurt am Main.
- Klammer, U./ Daly, M. (2003): Die Beteiligung von Frauen an europäischen Arbeitsmärkten. In: Gerhard, U./ Knijn, T./ Weckwert, A. (Hg.) (2003): Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich. München, S. 193-217.
- Knudsen, Knud / Wærness, Kari (2001): National Context, Individual Characteristics and Attitudes on Mothers' Employment: A Comparative Analysis of Great Britain, Sweden and Norway, in: Acta Sociologica, 44 (1), S. 67-79.
- Kröger, I./ van Olst, N./ Klingholz, R. (2004): Das Ende der Aufklärung. Der internationale Widerstand gegen das Recht auf Aufklärung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- Kröhnert, S./ van Olst, N./ Klingholz, R. (2004): Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

- Lehmann, K. (2004): Politische Studien-Zeitgespräch. Die Herausforderung der Katholischen Soziallehre heute. In: Politische Studien (396), S. 9-14.
- Lutz, W./ Milewski, N. (2004): Als ideal angesehen Kinderzahl sinkt unter zwei. Wandel der Normen in Deutschland und Österreich. In: Demografische Forschung aus erster Hand (2). Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Rostock.
- Mackenroth, G. (1953): Bevölkerungslehre. Berlin.
- Mai, R. (2004): Altersselektivität und regionalpolitische Konsequenzen der Abwanderung aus Ostdeutschland. In: Städte im Umbruch. Online-Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau und Regenerierung. Online im Internet: www.schrumpfende-stadt.de
- Mayer, T. (1999): Die demografische Krise. Eine integrative Theorie der Bevölkerungsentwicklung. Frankfurt.
- OECD (2002): Employment Outlook 2002.
- Pinelli, A. (1995): Woman's Condition, Low Fertility, and Emerging Union Patterns in Europe. In: Oppenheim Mason, K./ Jensen A.-M. (Hg.): Gender and Family Change in Industrialized Countries. Oxford.
- Rubery, J/ Smith, M. / Turner, E. (1996) Bulletin on Women and Employment in the EU. Brüssel.
- Rürup, B./ Gruescu, S. (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Veil, M. (2004): Frankreich – Geburtenraten und Müttererwerbstätigkeit. In: KAS-Auslandsinformationen 1/04, S. 1-12.
- Wanrooij, B. (2001): Italy. In: Robert T. Francoeur (Hg.): The International Encyclopedia of Sexuality. New York, Online im Internet: <http://www2.hu-berlin.de/sexology/IES/index.html>